

Zwischen der

**Freien Hansestadt Bremen**



vertreten durch

**die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration**

und

**Friedehorst Teilhabe Leben gGmbH, Rotdornallee 64, 28717 Bremen**

wird folgende

Vereinbarung nach § 125 Abs. 1 SGB IX

geschlossen:

## **1. Gegenstand**

- 1.1 Gegenstand dieser Vereinbarung sind Leistungen, welche die Friedehorst Teilhabe Leben gGmbH – im folgenden Einrichtungsträger genannt – für wesentlich geistig, körper- und/oder mehrfachbehinderte Kinder und Jugendliche gem. §§ 90, 113 Abs. 1 u. 2, sowie 134 SGB IX in v. mit § 27 b SGB XII bzw. gem. § 35 a SGB VIII im **Hilde-Adolf-Haus (vollstationäre Einrichtung), Gut Hoher Kamp 18, 28759 Bremen** erbringt.
- 1.2 Diese Vereinbarung bestimmt Näheres zu Art, Inhalt und Umfang der Leistung, ihrer Vergütung und ihrer Prüfung. Im Übrigen finden die Regelungen des Bremischen Landesrahmenvertrages nach § 131 Abs. 1 SGB IX (BremLRV SGB IX) vom 09.08.2019 in Verbindung mit seinen Anlagen in der aktuellen Fassung Anwendung.

## 2. Leistungsvereinbarung

- 2.1 Es werden wesentlich geistig und mehrfach behinderte Menschen aufgenommen, die auch schwerste Behinderungen haben können. Für die Aufnahme von Kindern und Jugendlichen sind die Schutzbestimmungen der §§ 45 ff KJHG anzuwenden.

Die Betriebserlaubnis vom 03.08.2023 ist Bestandteil dieser Vereinbarung.

Näheres zu Art, Inhalt, Umfang und Qualität der Leistung ist der Leistungsbeschreibung vom 23.06.2023 zu entnehmen (Anlage 1).

- 2.2 Die Leistungen werden auf der Grundlage der derzeit gültigen fachlichen Standards und Bestimmungen sowie der vereinbarten personellen Ausstattung erbracht. Inhalt, Umfang und Qualität der Leistungen sind so zu gestalten, dass eine bedarfsgerechte Hilfe im Einzelfall gewährleistet ist. Die Leistungen müssen ausreichend und zweckmäßig sein und dürfen das Maß des Notwendigen nicht überschreiten.

- 2.3 Der Vereinbarung liegt eine **Platzzahl von 8** zugrunde. Diese sind vorrangig für breimische Leistungsberechtigte vorzuhalten.

- 2.4 Die Leistungen sind nach den allgemein anerkannten fachlichen Standards sowie der Entgeltbemessung zugrundeliegenden personellen Ausstattung zu erbringen. Sie müssen ausreichend und zweckmäßig sein und dürfen das Maß des Notwendigen nicht überschreiten. Sie sind so zu gestalten, dass eine bedarfsgerechte Hilfe im Einzelfall gewährleistet ist.

- 2.5 Ist eine Begleitung im Krankenhaus im Einzelfall für Leistungsberechtigte erforderlich, die zum Personenkreis nach § 99 SGB IX gehören und die bereits Leistungen der Eingliederungshilfe nach Teil 2 SGB IX beziehen, kann diese gemäß der Rahmenleistungsbeschreibung „Begleitung im Krankenhaus für minderjährige Leistungsberechtigte“ erfolgen.

- 2.6 Der Leistungserbringer verpflichtet sich im Rahmen der Vorgaben der Leistungsbeschreibung Leistungsberechtigte aufzunehmen und zu betreuen.

- 2.7 Der Leistungserbringer hat sicherzustellen, dass er nur Personen beschäftigt oder vermittelt, die nicht wegen einer der in § 72a Abs. 1 S. 1 SGB VIII genannten Straftaten

rechtskräftig verurteilt worden sind. Zu diesem Zweck hat er sich bei der Einstellung, aus besonderem Anlass und in regelmäßigen Abständen (spätestens alle 5 Jahre) ein Führungszeugnis nach § 30 Abs. 5 und § 30a Abs. 1 des Bundeszentralregistergesetzes vorlegen zu lassen. Unbeschadet dessen hat der Leistungserbringer unverzüglich geeignete Maßnahmen zu ergreifen, wenn ihm bekannt wird, dass gegen eine Person wegen des Verdachts eine solche Straftat begangen zu haben, Ermittlungen zur Strafverfolgung eingeleitet worden sind.

### 3. Personelle Ausstattung

3.1 Die benötigte Personalausstattung im Tagdienst (6-22 Uhr) wird auf Basis der Plan-Belegung des Leistungserbringers für das Unterstützungspersonal, die Fachliche Leitung / Koordination und die übergreifenden Fachdienste ermittelt. Sie wird gemäß den unter Ziffer 2.3 genannten Personalschlüsseln und dem geplanten Personalaufwuchs berechnet.

3.2 Die Plan-Belegung laut Kalkulation (Anlage 2 und Anlage 3) stellt sich wie folgt dar:

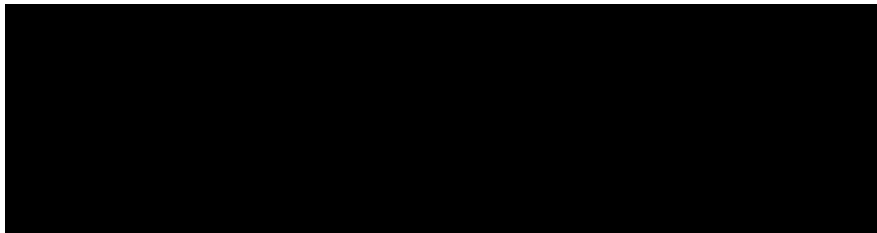
Platzzahl	Belegtage	Personalschlüssel	Vollzeitstellen

3.3 Auf Basis der Plan-Belegung ergeben sich für die zu erbringenden Leistungen insgesamt [REDACTED] Vollzeitstellen für das Unterstützungspersonal, die Fachliche Leitung / Koordination und die übergreifenden Fachdienste. Hierbei wird für die Fachliche Leitung / Koordination mit einem Personalschlüssel von [REDACTED] bezogen auf die Anzahl der Leistungsberechtigten kalkuliert.

3.4 Die o.g. [REDACTED] Vollzeitstellen setzen sich gemäß der Kalkulation aus folgenden Personalmix zusammen und verfügen über folgende Qualifikationen:

[REDACTED]

[REDACTED]:



- 3.5 Es wird eine Fachkraftquote im Tagdienst (6-22 Uhr) in Höhe von [REDACTED] vergütet, die vom Leistungserbringer im Rahmen der Leistungserbringung einzuhalten ist.
- 3.6 Der erforderliche Personalmix für das Vorhalten einer Nachtwache (22-6 Uhr) setzt sich gemäß der Kalkulation (siehe Anlage) in Vollzeitstellen wie folgt zusammen:



#### **4. Vergütung des Personals**

- 4.1 Der Leistungserbringer verpflichtet sich, die Bestimmungen des Mindestlohngesetzes für das Land Bremen (Landesmindestlohngesetz) in seiner jeweils gültigen Fassung zu beachten und seine Arbeitnehmer:innen nicht unterhalb des Landesmindestlohns zu vergüten.
- 4.2 Zur Vergütung der Mitarbeitenden wird der AVR DD für alle Beschäftigten und entsprechender Entgelttabelle mit dem Stand vom 01.01.2025 bzw. mit Stand vom 01.03.2025 angewendet. Zu den Bestandteilen des AVR DD gehören insbesondere die sich aus dem Tarifvertrag ergebenden Entlohnungsansprüche wie die Grundvergütung, einschließlich Entgeltbestandteile, die an die Art der Tätigkeit, Qualifikation und Berufserfahrung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer anknüpfen, Einmalzahlungen, Jahressonderzahlung, Urlaubsansprüche, Zulagen und Zuschläge unter Mindesteinhaltung der jeweiligen Erfahrungsstufen sowie die Einhaltung der Eingruppierungsgrundsätze des Tarifvertrags.

- 4.3 Die durchschnittlichen Arbeitgeberbruttojahreskosten für das Unterstützungspersonal, die Fachliche Leitung / Koordination und die übergreifenden Fachdienste betragen für Fachkräfte [REDACTED] und für Nicht-Fachkräfte [REDACTED]. Die Definition von Fachkräften und Nicht-Fachkräften ergibt sich aus der Vorlage der Vertragskommission vom 25.10.2024 unter TOP 7. Demnach haben Fachkräfte eine dreijährige Ausbildung oder ein Studium gemäß Leistungsbeschreibung abgeschlossen. Alle Mitarbeitenden mit anderen Qualifikationen werden vertragsrechtlich den Nicht-Fachkräften zugeordnet. Die Berechnungsgrundlagen ergeben sich aus den Kalkulationsunterlagen (Anlage 2). Die Arbeitgeberbruttojahreskosten werden vom Leistungserbringer prospektiv, unter Bezugnahme auf das bereits vorhandene Personal, sowie unter Berücksichtigung notwendiger Neueinstellungen und voraussichtlicher Personalabgänge, berechnet.

## 5. Vergütungsvereinbarung

- 5.1 Für die Zeit **ab dem 01. Januar 2025 – 28. Februar 2025** wird zur Abgeltung der erbrachten Leistungen nach Ziffer 2 folgendes Entgelt pro Leistungsberechtigtem und Leistungstag vereinbart:

Grundpauschale	Maßnahmepauschale	Ergänzungspauschale	Investitionsbetrag	Gesamtentgelt
34,86 €	233,82 €	27,79 €	10,60 €	307,07 €

- 5.1.1 Bei Unterbrechung der vereinbarten personenzentrierten Unterstützungsleistungen aufgrund von Urlaub, Krankheit oder Kuraufenthalt des Leistungsempfängers, wird das Gesamtentgelt für bis zu 30 zusammenhängende Abrechnungstage fortgezahlt. Darüber hinaus nur dann, wenn rechtzeitig vor Ablauf dieser Frist mit dem zuständigen örtlichen Eingliederungshilfeträger Einigkeit über die Weiterführung der Entgeltzahlung getroffen worden ist.
- 5.1.2 Gemäß § 19 Abs. 6 Brem LRV SGB IX wird bei einer mehr als 4 Wochen andauernden Unterbrechung der vereinbarten personenzentrierten Unterstützungsleistungen aufgrund eines stationären Krankenhaus- oder Kuraufenthaltes des Leistungsempfängers eine Vergütung bei Unterbrechung pro Leistungsempfänger und Abwesenheitstag gezahlt, die sich wie folgt darstellt:

Grund-pauschale	Maßnahme-pauschale	Ergänzungs-pauschale	Investitions-betrag	Gesamt-entgelt
26,15 €	175,37 €	27,79	10,60 €	239,91 €

- 5.2 Für die Zeit **vom 01.03.2025 bis 31.12.2025** wird zur Abgeltung der erbrachten Leistungen nach Ziffer folgendes Entgelt pro Leistungsberechtigtem und Leistungstag vereinbart

Grund-pauschale	Maßnahme-pauschale	Ergänzungs-pauschale	Investitions-betrag	Gesamt-entgelt
35,33 €	243,35 €	29,03 €	10,60 €	318,31 €

- 5.2.1 Bei Unterbrechung der vereinbarten personenzentrierten Unterstützungsleistungen aufgrund von Urlaub, Krankheit oder Kuraufenthalt des Leistungsempfängers, wird das Gesamtentgelt für bis zu 30 zusammenhängende Abrechnungstage fortgezahlt. Darüber hinaus nur dann, wenn rechtzeitig vor Ablauf dieser Frist mit dem zuständigen örtlichen Eingliederungshilfeträger Einigkeit über die Weiterführung der Entgeltzahlung getroffen worden ist.

- 5.2.2 Gemäß § 19 Abs. 6 Brem LRV SGB IX wird bei einer mehr als 4 Wochen andauernden Unterbrechung der vereinbarten personenzentrierten Unterstützungsleistungen aufgrund eines stationären Krankenhaus- oder Kuraufenthaltes des Leistungsempfängers eine Vergütung bei Unterbrechung pro Leistungsempfänger und Abwesenheitstag gezahlt, die sich wie folgt darstellt:

Grund-pauschale	Maßnahme-pauschale	Ergänzungs-pauschale	Investitions-betrag	Gesamt-entgelt
26,50 €	182,51 €	29,03 €	10,60 €	248,64 €

- 5.2.3 Die Grundlagen zur Ermittlung der oben genannten Vergütung ist den Kalkulationsunterlagen (Anlage 2 und 3) zu entnehmen. Ebenfalls Vertragsbestandteil ist die Anlage 4 zum BremLRV SGB IX, die die Grundsätze und das Verfahren zur Bewertung und Berechnung des Investitionsbetrages nach § 131 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 SGB IX i. V. m. § 125 Abs. 2 Satz 1 Nr. 6 SGB IX regelt.

- 5.3 Für die Zeit **ab dem 01. Januar 2026 – 30. April 2026** wird zur Abgeltung der erbrachten Leistungen nach Ziffer 2 folgendes Entgelt pro Leistungsberechtigtem und Leistungstag vereinbart:

Grund- pauschale	Maßnahme- pauschale	Ergänzungs- pauschale	Investitions- betrag	<b>Gesamt- entgelt</b>
35,92 €	243,83 €	29,03 €	10,60 €	<b>319,38 €</b>

5.3.1 Bei Unterbrechung der vereinbarten personenzentrierten Unterstützungsleistungen aufgrund von Urlaub, Krankheit oder Kuraufenthalt des Leistungsempfängers, wird das Gesamtentgelt für bis zu 30 zusammenhängende Abrechnungstage fortgezahlt. Darüber hinaus nur dann, wenn rechtzeitig vor Ablauf dieser Frist mit dem zuständigen örtlichen Eingliederungshilfeträger Einigkeit über die Weiterführung der Entgeltzahlung getroffen worden ist.

5.3.2 Gemäß § 19 Abs. 6 Brem LRV SGB IX wird bei einer mehr als 4 Wochen andauernden Unterbrechung der vereinbarten personenzentrierten Unterstützungsleistungen aufgrund eines stationären Krankenhaus- oder Kuraufenthaltes des Leistungsempfängers eine Vergütung bei Unterbrechung pro Leistungsempfänger und Abwesenheitstag gezahlt, die sich wie folgt darstellt:

Grund- pauschale	Maßnahme- pauschale	Ergänzungs- pauschale	Investitions- betrag	<b>Gesamt- entgelt</b>
26,94 €	182,87 €	29,03	10,60 €	<b>249,44 €</b>

5.4 Im Einzelfall erforderliche Begleitung im Krankenhaus nach Ziffer 2.5 kann bei einer Kompensation im Regelsetting pro kompensierter Leistungsstunde (60 Minuten), unterschieden nach Kompensation durch eine Nicht-Fachkraft oder Kompensation durch eine Fachkraft, pro Stunde entsprechend der Anlage 9 zum Landesrahmenvertrag SGB IX Landeseinheitliche Vergütungssätze in der jeweils gültigen Fassung, vergütet werden.

5.5 Die Grundlagen zur Ermittlung der oben genannten Vergütung ist den Kalkulationsunterlagen (Anlage 2 und 3) zu entnehmen. Ebenfalls Vertragsbestandteil ist die Anlage 4 zum BremLRV SGB IX, die die Grundsätze und das Verfahren zur Bewertung und Berechnung des Investitionsbetrages nach § 131 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 SGB IX i. V. m. § 125 Abs. 2 Satz 1 Nr. 6 SGB IX regelt.

5.6 Eine Abrechnung der oben genannten Vergütung ist nur zulässig, wenn eine entsprechende Kostenübernahmeerklärung des zuständigen Trägers der Eingliederungshilfe im Einzelfall vorliegt.

## **6. Prüfung der Wirtschaftlichkeit und Qualität der Leistungen**

- 6.1 Es gelten die Regelungen des § 128 SGB IX in Verbindung mit § 4 Gesetz zur Ausführung des Neunten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IX AG) der Freien Hansestadt Bremen sowie die Regelungen des BremLRV SGB IX zu Wirtschaftlichkeits- und Qualitätsprüfungen.
- 6.2 Im Rahmen der Qualitätsberichtserstattung übermittelt der Leistungserbringer das Berichtsraster Qualitätsprüfung bis zum 31. März des jeweiligen folgenden Kalenderjahres an die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration (siehe hierzu BremLRV SGB IX in seiner aktuellen Fassung). Die Berichterstattung erfolgt jeweils für das vergangene Kalenderjahr.
- 6.3 Die Begleitung im Krankenhaus ist über ein gesondertes Berichtsraster (Qualitätsbericht) zum 31.01. des jeweiligen folgenden Kalenderjahres an die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration zu übermitteln.

## **7. Vereinbarungszeitraum**

- 7.1 Die Vereinbarung gilt **ab dem 01.01.2025** und wird mit einer Mindestlaufzeit von 16 Monaten, also **mindestens bis zum 30.04.2026**, auf unbestimmte Zeit geschlossen.
- 7.2 Zur vollständigen oder teilweisen Änderung oder Aufhebung der Vereinbarung bedarf es einer schriftlichen Kündigung unter Einhaltung der unter Ziffer 7.1 genannten Mindestlaufzeit. Die Vergütungsvereinbarung kann mit einer Frist von mindestens 6 Wochen, die übrigen Bestandteile der Vereinbarung können mit einer Frist von mindestens 3 Monaten gekündigt werden.

## **8. Sonstige Regelungen**

- 8.1 Dieser Vertrag unterliegt dem Bremer Informationsfreiheitsgesetz (BremIFG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des BremIFG im elektronischen Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem BremIFG sein.
- 8.2 Die Anlagen 1 bis 4 sind Bestandteil der Vereinbarung.



- 8.3 Bei Unwirksamkeit einer Bestimmung dieses Vertrages verlieren die übrigen Bestimmungen ihre Wirksamkeit nicht. Eine unwirksame Regelung ist von den Vertragsparteien durch eine wirksame zu ersetzen, die der unwirksamen in ihrer Auswirkung möglichst nahekommt. Im Übrigen gelten die Vorschriften der §§ 53 ff. des Zehnten Buch Sozialgesetzbuch (SGB X) über den öffentlich-rechtlichen Vertrag.

Geschlossen: Bremen, im September 2025

**Die Senatorin für Arbeit, Soziales,  
Jugend und Integration**

**Leistungserbringer**

Anlagen:

- Anlage 1: Leistungsbeschreibung Kinderhaus Hilde-Adolf
- Anlage 2: Kalkulationsunterlagen für den Kalkulationszeitraum 01.01.2025 – 28.02.2025
- Anlage 3: Kalkulationsunterlagen für den Kalkulationszeitraum 01.03.2025 – 31.12.2025
- Anlage 4: Kalkulationsunterlagen für den Kalkulationszeitraum 01.01.2026 – 30.04.2026

